

Aussichtsreich!?

EU-USA-Freihandelsabkommen: Weniger Bürokratie und steigender Handel!?

Mit einem gemeinsamen Handelsvolumen von 700 Mrd. Euro stellen die Binnenmärkte der EU und den USA den größten Wirtschaftsraum der Welt dar. Allein die deutschen Exporte könnten um drei bis fünf Mrd. Euro jährlich wachsen, wenn die Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen den beiden Wirtschaftsmächten erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Verhandlungen von Freihandelsabkommen stehen ganz oben auf der Prioritätenliste der EU-Handelskommission. Grundsätzlich geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit der EU in einer globalen Weltwirtschaft nachhaltig zu stärken. Denn nur ein starker Außenhandel kann die EU langfristig vor nationalen Rezessionen und dem immer stärker werdenden Wettbewerb aus China wirksam schützen.

Ein Abkommen mit den USA ist für diese Ziele daher eine gute Ausgangslage, denn hier schließen sich zwei wichtige Wirtschaftsmächte zusammen.

Die USA sind wichtigster Handelspartner Deutschlands außerhalb der EU; Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der USA in Europa. Das Redaktionsteam von **Zoll.Export** hat daher bei Michael Fisahn-Reinhard nachgefragt, wie die Lage zum Freihandelsabkommen aktuell zu beurteilen ist.

Michael Fisahn-Reinhard

ist Experte in der weltweiten Vermarktung von Investitionsgütern und IT-Lösungen. Als Consultant für internationale Geschäftsentwicklung weist er mehr als 20 Jahre Berufserfahrung im Aufbau und Controlling von Vertriebs- und Serviceorganisationen in Europa, Nord- und Lateinamerika sowie Asien auf.

Herr Fisahn-Reinhard, auf welche Bereiche wirkt sich das Abkommen besonders aus?

Das Freihandelsabkommen soll alle Waren- und Dienstleistungsbereiche einschließen. Besonders positiv wird es sich auf den Warenaustausch auswirken. Hier sind erhebliche Einsparungen bei der Zollabwicklung und der Wegfall von Einfuhrzöllen zu erwarten. Warengruppen die heute besonders vom Protektionismus betroffen sind, wie z. B. Automobilzulieferer, werden stark von einer Freihandelszone profitieren.

Warum profitiert gerade der deutsche Mittelstand von dem Abkommen?

Mehr als 75 % des deutschen Außenhandels wird vom deutschen Mittelstand generiert! Gerade die Einsparungen bei der Exportabwicklung und bei Zöllen werden sich hier besonders positiv auswirken.

Die Zölle sind ja bereits schon niedrig bzw. aufgehoben. Welche Vorteile ergeben sich noch?

Wie bereits erwähnt geht es bei dem Freihandelsabkommen ja nicht ausschließlich um den Wegfall der Einfuhrzölle, sondern um die Ersparnis von Milliarden Summen an Geld, die jährlich durch den Wegfall von bürokratischen Abwicklungsprozessen zustande kommen.



Michael Fisahn-Reinhard

Daraus reguliert sich weiterhin eine Zeitersparnis für die Unternehmen, Logistikkosten können optimiert werden.

Der Wegfall von „Strafzöllen“ wird die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem US-Markt nachhaltig stärken. Eine Freihandelszone wird die Unternehmen aller beteiligten Länder motivieren in den Zielländern langfristig zu investieren und so Produktions- und Dienstleistungstandorte zu gründen. Dies wiederum führt zu mehr Arbeitsplätzen und einem höheren Steueraufkommen.

Wird der europäische Handel mit anderen Märkten durch das Abkommen negativ beeinflusst?

Nein, im Gegenteil! Es wird andere Länder dazu motivieren, mit der EU ähnliche Handelsabkommen zu schließen! Wenn wir uns die Entwicklung der Freihandelsabkommen anderer Länder ansehen, werden wir feststellen, dass sich diese extrem positiv auf die volkswirtschaftliche Entwicklung dieser Länder ausgewirkt hat.

Nehmen wir als Beispiel das NAFTA-Abkommen zwischen den USA, Mexico und Kanada. Seit der Gründung der NAFTA wurden in Mexico mehr als 500.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und dank der Ansiedlung ausländischer Automobilhersteller und dessen Zulieferer ist ein ganz neuer Industriezweig entstanden. Ähnliche Entwicklungen hat es in der Luftfahrtbranche und im Bergbau gegeben. Auf der anderen Seite profitieren die amerikanischen und kanadischen Unternehmen von den niedrigen Lohnkosten und geringen Steuern in Mexico.

Warum finden die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt?

Trotz der eindeutigen Vorteile eines derartigen Abkommens, ist es natürlich auch eine politische Entscheidung, die langfristig das Verhältnis der Länder zueinander verändern wird. Ein Freihandelsabkommen setzt den massiven Abbau von staatlichen Subventionen voraus. Kurzfristig werden hiervon subventionierte Wirtschaftszweige negativ betroffen sein. Ganz besonders die Agrarwirtschaft ist es nicht gewohnt, im freien Wettbewerb mit anderen Ländern zu stehen.

Daher müssen die EU und die USA zuerst Ordnung im „eigenen Haus“ schaffen, sprich, dass die einzelnen Staaten ihre Subventionen auf „0“ zurückfahren müssten. Hier werden die Lobbies auf beiden Seiten versuchen, einer derartigen Entwicklung entgegenzuwirken. Natürlich werden solche Verhandlungen erstmals unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Kritiker sehen das Abkommen als Profitfaktor für die Finanzindustrie und Konzerne. Wie beurteilen Sie diese Aussage?

Wie das Wort „Freihandelszone“ es sehr trefflich beschreibt, handelt es sich hier um einen freien Handel, also einen offenen Wettbewerb. Wie bereits erwähnt, gibt es Wirtschaftszweige, die sich diesem freien Wettbewerb nicht stellen wollen, da sie seit jeher von den nationalen Regierungen geschützt und gelenkt werden. Besonders der Gesundheits- und Energiesektor benötigt dringend eine grundlegende Restrukturierung und eine Befreiung von staatlichen Hilfen und Regulierungen.

Die Bedrohung durch die „Profitgier“ der Konzerne kann nur durch eine konsequente staatliche Kontrolle erfolgen. Hier muss die EU mit den USA entsprechende Regeln und Kontrollinstrumente definieren und nachhaltig umsetzen.

Werden wir noch mehr von den USA beeinflusst werden?

Nein, unsere Sorge sollte nicht die Beeinflussung durch die USA sein, sondern der massiv wachsende Einfluss der chinesischen und russischen Wirtschaft auf die Länder der EU. Die USA verliert Jahr für Jahr an weltwirtschaftlichen Einfluss und sucht daher den Schulterchluss mit anderen Wirtschaftsblöcken. Durch ein Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada wird die Wettbewerbsfähigkeit aller beteiligten Länder enorm gestärkt werden. Europa allein würde von China und Russland überrollt werden!

Sowohl die EU als auch die USA werden massiv von dem Freihandelsabkommen profitieren können. So hat z. B. allein die europäische Chemieindustrie im Jahr 2010 ca. 700 Mio. Euro für Einfuhren an die USA Behörden abführen müssen. Auf der anderen Seite haben US-Unternehmen im selben Zeitraum ca. 1 Mrd. Euro an Brüssel zahlen müssen.

Auch mit Japan verhandelt die EU, jedoch sehr zäh! Warum?

Japan ist der drittgrößte Handelspartner der EU. Im April 2013 startete die erste Verhandlungsrunde in Brüssel. Das japanische Parlament hat lange mit sich gerungen, um sich für einen derartigen Verhandlungsprozess zu entscheiden. Japan ist historisch ein sehr protektionistisches Land, das zwar sehr exportstark ist, aber den Zugang für ausländische Firmen zum nationalen Markt stark beschränkt. Die massive Abschottung des Heimatmarkts wird nicht nur durch hohe Einfuhrzölle, sondern auch durch spezielle Umwelt- und Produktsicherheitsrichtlinien betrieben.

Aufgrund der schnell voranschreitenden Globalisierung der Märkte, dem massiven Wettbewerb aus China und die schwierige finanzwirtschaftliche Lage des Landes, ist Japan zum Umdenken gezwungen. Laut der EU Handelskommission würden durch die Öffnung des japanischen Marktes ca. 400.000 neue Arbeitsplätze in der EU generiert. Auf der anderen Seite erwartet die europäische Automobilindustrie bei einer Zollfreiheit eine „Schwemme“ von japanischen Autos, da japanische Hersteller heute für jedes nach Europa verschifft Auto 10 % Einfuhrzoll zahlen müssen. Wegen der schwierigen Ausgangslage, wird erwartet, dass sich die Verhandlungen ca. fünf Jahre hinziehen werden.

USA, EU und Japan gegen China! Entwickelt sich hier ein politischer Machtkampf?

Die Globalisierung zwingt alle, uns neu zu positionieren. Nur so werden wir im Wettbewerb mit den schnell wachsenden Niedriglohnländern bestehen können. „Gemeinsam sind wir stärker“ lautet die Devise! Dies hat wenig mit Politik, sondern mit dem Erhalt von Millionen von Arbeitsplätzen zu tun!

Vielen Dank für das interessante Gespräch, Herr Fisahn-Reinhard!

Interview geführt durch: Kristin Merkle